EP-FR-01-383-2

C – Was Frieden schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 382 bis 383 einfügen:
Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in der EU verboten sind, wollen wir beenden.

Den Einsatz der glyphosathaltigen Pestizide wie Roundup wollen wir sofort beenden, weil ihr Einsatz die Biodiversität zerstört und unsere Gesundheit gefährdet. Deshalb werden wir dem Einsatz von Glyphosat sowohl im Inland als auch in Europa nicht zustimmen und fordern ein weltweites Verbot dieser giftigen und gesundheitsgefährdenden Mittel. Es ist auch die juristische Möglichkeit zu prüfen, ob dem deutschen Konzern Bayer die Produktion dieses Giftes untersagt werden kann.

Begründung

Die EU will das nachweislich tödliche Pflanzengift Glyphosat für weitere zehn Jahre erlauben. Das hochgiftige Pestizid Glyphosat bedroht Insekten wie Bienen, die Artenvielfalt belastet unser Wasser[1] und gefährdet unsere Gesundheit.[2] Deswegen ist es notwendig, dass die Bundesregierung und der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir sich für das endgültige Aus des Bienenkillers einsetzen. „Wir nehmen Glyphosat bis 2023 vom Markt.“ So steht die Vereinbarung der Ampel-Koalition im Koalitionsvertrag.[3] Glyphosat tötet nicht nur Bienen und Schmetterlinge, sondern kontaminiert auch unser Wasser. Eine neue Studie belegt, dass der Giftstoff über die Äcker auch in Gewässer gelangt.[4] Selbst im Grundwasser wird Glyphosat nachgewiesen.[5] In den USA wurde dem Glyphosat-Geschädigten Edwin Hardeman vom Gericht, aufgrund seiner durch den Bayer-Monsanto-Konzern entstandenen Lymphdrüsenkrebserkrankung, ein Schadensersatz in Höhe von 25 Millionen Dollar rechtskräftig zugesprochen.[6] Das heißt es ist juristisch erwiesen, dass Glyphosat für Krebserkrankungen verantwortlich ist.

[1] „Auswirkungen von Glyphosat auf die Biodiversität“, Bundesamt für Naturschutz, Januar 2018

[2] „Glyphosat: Krebserregend und bald verboten?“, Heinrich Böll Stiftung, 21. Januar 2022

[3] „Mehr Fortschritt wagen“, Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

[4] „Glyphosat belastet europäische Oberflächengewässer“, PAN Germany, 5. September 2023

[5] „Bericht zur Grundwasserbeschaffenheit – Pflanzenschutzmittel“, Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA), Januar 2019

[6] https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/glyphosat-bayer-usa-1.5606634

weitere Antragsteller*innen

Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Dorothea Martin (KV Barnim); Cornelia Stump (KV Bad Dürkheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Finn Schwarz (KV Tübingen); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Almut Bühlmeier (KV Bad Dürkheim); Kerstin Wilde (KV Leipzig); Philipp Schmagold (KV Plön); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Ulf Zimmermann (KV Mittelsachsen); Marcus Kossatz (KV Görlitz); Steffen Pichl (KV Fulda); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Eberhard Müller (KV Ortenau); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.